

GRIECHENLAND

Bildung und Demokratie

Trotz massiver Proteste verabschiedete die konservative griechische Regierung in der vergangenen Woche ein Gesetz zur Bildungsreform.

An Großdemonstrationen, Straßenschlachten mit der Polizei und den unvermeidlichen Tränengasnebel hatten sich die Menschen im Zentrum von Athen längst gewöhnt. Doch Anfang März wurde erstmals scharf geschossen. Demonstranten hatten während eines erneuten Aktionstages gegen die Hochschulreform der Bildungsministerin Marietta Giannakou versucht, ein Ministerium mit Molotowcocktails anzugreifen. Daraufhin schoss ein dort eingesetzter Wachmann mit seiner Dienstpistole über ihre Köpfe hinweg. Der Schusswaffengebrauch wurde vom Minister für öffentliche Ordnung, Byron Polydoras, umgehend gerechtfertigt. Der abgegebene Schuss ist exemplarisch für das explosive Klima, wenn es um den Bildungsbereich geht.

Nachdem die konservative Regierung unter Ministerpräsident Kostas Karamanlis monatelang jede inhaltliche Auseinandersetzung mit der Studentenschaft und der Gewerkschaft der Hochschulpädagogen verweigert hatte, verabschiedete sie am Donnerstag voriger Woche das Gesetz zur umstrittenen Bildungsreform. Im vergangenen Jahr musste der Gesetzesvorschlag, nach vier Monaten ununterbrochener militanter Massenproteste und angesichts der nahenden Kommunalwahl, vorläufig zurückgezogen werden. Die Universitätsbesetzungen fanden damals gleichzeitig mit harten Arbeitskämpfen der Grundschullehrer und Kindergärtner sowie Schulbesetzungen von Mittel- und Oberstufenschülern statt. Dies hatte zu einer "Einheitsfront" im gesamten Bildungssektor und darüber hinaus zur Solidarisierung Tausender Eltern, die plötzlich gezwungen waren, ihre Kinder mit zur Arbeit zu nehmen, mit den Demonstranten geführt.

Die Solidarisierung anderer gesellschaftlicher Gruppen blieb diesmal aus. Nach wochenlangen Universitätsbesetzungen, Demonstrationen und Straßenschlachten, vor allem in Athen und Thessaloniki, unterstützten zuletzt viele Journalisten die Regierung in ihrer Unnachgiebigkeit. Ihnen ging es dabei nicht um die Inhalte der Reform, sondern schlicht um die Staatsraison. Die Regierung müsse beweisen, ob sie sich durchsetzen könne oder verummte Anarchisten das Land regierten, lautete der Tenor.

Ob das Thema Bildungsreform nun endgültig erledigt ist, bleibt dennoch abzuwarten. Während die Regierungspartei im halbleeren Parlament ihr Gesetz alleine verabschiedete, da die Opposition aus Kommunistischer Partei (KP), Linksallianz und sozialdemokratischer Pasok die Abstimmung boykottier-

te, demonstrierten im Zentrum von Athen mehrere tausend Studierende gegen die Reform und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Die Beamten setzten Gummigeschosse ein und nahmen ungefähr siebzig Menschen fest.

Weniger Solidarität

Die KP und die Linksallianz halten die Reform schlicht für verfassungswidrig. In der Pasok gibt es dazu unterschiedliche Meinungen, die Verantwortlichen erhofften sich aber von einer Ablehnung des Gesetzes bessere Chancen bei

tag in Athen kam es bereits in der Nacht zum 9. März zu erneuten Straßenschlachten in Thessaloniki.

Trotzdem sind Ermüdungserscheinungen auszumachen, und seit der vergangenen Woche kommt es auch an den Universitäten häufiger zu Handgreiflichkeiten. Anhänger der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia, meist organisiert in der studentischen Organisation DAP und der Jugendorganisation ONNED, versuchten unter anderem in Volos, Patras und an der Panteion-Universität in Athen, Besetzungen mit Gewalt zu beenden. Auch auf

und zu mehr "Wettbewerb" unter den Hochschulen führen soll. Die hinlänglich bekannten Methoden zur "Behebung der Bildungsmisere", wie die Verkürzung der Regelstudienzeit, ein System zur Bewertung der Lehrenden und die stärkere Ausrichtung der Forschung an Wirtschaftsinteressen, sind im Gesetz vorgesehen. Studium und Lehrbücher sollen generell nicht mehr kostenlos sein.

Dazu durchaus passend, soll die Anzahl der jährlich neu zugelassenen Studenten drastisch reduziert werden. Dies wird der Tageszei-

technikum mit Panzern gewaltsam niedergeschlagen. Die erste linke griechische Regierung in der Geschichte, die nicht durch einen Putsch gestürzt wurde - die Pasok-Regierung im Jahr 1981 -, erließ vor diesem Hintergrund 1982 ein Gesetz, das es der Polizei nur mit einstimmigem Beschluss eines Hochschulgremiums, in dem auch Studenten sitzen, erlaubt, ein Universitätsgelände zu betreten. Was de facto einem Verbot gleichkommt. Da die Universitäten nicht nur in den vergangenen Wochen ein wichtiges Rückzugsgebiet bei Straßenschlachten mit der Polizei waren, ist dieser Teil der Reform als direkter Angriff auf widerständige gesellschaftliche Gruppen zu verstehen.

In dem neuen Gesetz fallen weite Teile der Universität wie Studentenwohnheime, Freiflächen und Eingangsbe-



Geben sich mit Nacktbadeaktionen gegen Studiengebühren nicht zufrieden: Anarchistische Studenten auf einer Demonstration im Sommer 2006 in Athen. (Foto: Indymedia)

den Parlamentswahlen, die spätestens in einem Jahr stattfinden sollen. So kündigte der Vorsitzende der Partei, Giorgos Papandreou, an, "nach der nächsten Wahl eine Volksabstimmung über die Veränderungen im Bildungssektor" abzuhalten.

Die Gewerkschaft der streikenden Hochschulpädagogen und die Studierenden, die noch am Tag der Abstimmung fast 300 Fakultäten im Land besetzt hielten, gaben sich entschlossen, den Kampf weiterzuführen. "Dieses Gesetz wird nie in Kraft treten!" hieß es etwa auf Transparenten. Für die kommenden Tage sind ein Widerstandskonzert unter dem Motto "Bildung für alle" und ein weiterer Aktionstag in Athen angekündigt. Wegen der Polizeiübergriffe auf die Demonstration am Donners-

den Vollversammlungen häuften sich die Spannungen zwischen studentischen Gegnern und Befürwortern der Besetzungen. Grund für die Uneinigkeit ist die derzeitige Prüfungsperiode, die endgültig verloren zu gehen droht, obwohl der Kampf doch bereits entschieden scheint.

Hochschulasyll bedroht

Hintergrund der heftigsten studentischen Proteste seit 1990/91 ist die Abschaffung des staatlichen Bildungsmonopols und die Einführung privater Hochschulen. Bisher war dies nach Artikel 16 der Verfassung verboten. Begründet wird die Abschaffung mit den Anforderungen des so genannten Bologna-Prozesses, der zur Schaffung eines "einheitlichen europäischen Hochschulraums" bis 2010

tung "Eleftherotypia" zufolge den enorm unterfinanzierten Hochschulen zugute kommen. Bereits im nächsten Jahr soll nur noch jeder zweite Bewerber zum Studium zugelassen zu werden. Derzeit werden nach Gewerkschaftsangaben nur dreieinhalb Prozent des Brutto-Inlandsprodukts in die Bildung investiert. Mindestens fünf Prozent wären jedoch nötig, um eine einigermaßen angemessene Infrastruktur aufzubauen.

Einer der umstrittensten Punkte des Gesetzes ist die vom Polizeiapparat und von vielen Medien vehement geforderte Abschaffung des Hochschulasylls. Am 17. November 1973 hatte die damals herrschende Obristen-Junta den so genannten Studentenaufruf im Athener Poly-

reiche der Fakultäten nicht mehr unter das Hochschulasyl. Nach dieser Lesart wäre sogar die Erstürmung des Polytechnikums mit Panzern im Jahr 1973 rechtmäßig erfolgt. Auch die Unterrichtsräume dürfen nun nach einem Mehrheitsbeschluss des Hochschulgremiums von der Polizei betreten werden. Besetzte Universitäten könnten also geräumt werden, wenn Universitätsleitung und Professoren "das Recht auf Bildung" nicht mehr gewährleistet sehen und die Studentenvertreter im Gremium überstimmen.

Ralf Dreis

Ralf Dreis arbeitet als freier Journalist und Übersetzer.